

Pressemitteilung

1. Oktober 2021

Feierliche Matinee der Stadt Rastatt

Rede des Festredners Dr. Christoph von Marschall „Transformation – Deutschlands neue Rolle in Europa und der Welt“

– Es gilt das gesprochene Wort – Sperrfrist: 3. Oktober, 12 Uhr

Sehr geehrter, lieber Oberbürgermeister Pütsch,

lieber Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rastatt,

liebe Badnerinnen und Badner,

liebe Deutsche, Europäer und Weltbürger,

sehr geehrte Damen und Herren,

Die Welt bleibt nicht, wie sie ist.

Immer wieder verlangt uns das Leben ab, neue Wege einzuschlagen. Mitunter tun wir das gerne, weil dies mit der attraktiven Aussicht auf neue Erfahrungen oder gar ein besseres Leben verbunden ist. Immer wieder erscheinen uns die neuen Wege aber auch als Zumutungen, weil sie bedeuten, dass wir von etwas Abschied nehmen müssen, was uns behagte – und was uns vertraut war. Wovon hängt das ab, ob wir Veränderung als etwas Beglückendes oder als etwas Bedrängendes wahrnehmen? Es hat damit zu tun, wie wir die Vergangenheit, die Gegenwart und die Aussichten für die Zukunft sehen. Und da treffen sich die individuellen und persönlichen Sichtweisen mit den kollektiven Perspektiven.

Nehmen wir die zentralen Worte im Titel meiner heutigen Festrede: Transformation, neue Rolle, Deutschland, Europa, die Welt – diese Worte sind nicht per se positiv oder negativ konnotiert. Es hängt auch von uns selbst ab, was wir mit ihnen verbinden. Tendieren wir zur Nostalgie und einer zukunfts pessimistischen Sicht? Früher war vieles besser? Oder sind wir optimistisch, glauben an den technischen und den sozialen Fortschritt sowie an unsere Fähigkeit, unser Leben und das Zusammenleben zu verbessern?

Es ist eine Freude, an diesem 31. Jahrestag der Deutschen Einheit in Rastatt zu sein. Diese Stadt hat Erfahrung mit Transformation – in der freiwilligen wie in der aufgezwungenen Variante.

Gestern durften meine Frau und ich die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte besuchen. Vorstellungen, die seit meiner Kindheit in meinem Kopf angelegt waren, bekamen konkrete Gestalt. Rastatt und Baden als Orte, wo Freiheit erkämpft und wo Freiheit verteidigt wird.

Ich bin in Freiburg geboren und mit dem Badnerlied aufgewachsen: In Rastatt ist die Festung und das ist Badens Glück. Das klingt kriegerisch. Aber man muss die Zeile in ihrem Kontext verstehen: In Karlsruhe ist die Residenz, in Mannheim die Fabrik, in Rastatt ist die Festung, und das ist Badens Glück. Politik, Wirtschaft und Sicherheit bilden eine Einheit.

Es gibt weitere Kontexte, etwa die Vorgeschichte der Revolution von 1848/49 hier in dieser Gegend. Baden ist im Laufe der Geschichte immer wieder Vorkämpfer des Liberalismus gewesen. Hier liegt der Ursprung dessen, was man heute Pressefreiheit nennt. Von hier ist es nicht weit zum Hambacher Schloss.

Welche generellen Lehren für Transformation nehmen wir mit aus Revolution und Gegenrevolution? Den Aufbruch zur Freiheit bis 1848 oder ihre Niederschlagung durch die so genannten drei schwarzen Adler Preußen, Habsburg und Russland?

Machen wir einen raschen Sprung vorwärts in die Transformationen der nahen Jahrzehnte, der Gegenwart und der nahen Zukunft. Das Freiheitsjahr 1989 führte zum Fall der Berliner Mauer. Und der öffnete nicht nur das Tor zur deutschen Einheit, sondern auch das Tor zur Wiedervereinigung Europas nach Jahrzehnten einer künstlichen Teilung unseres Kontinents. 1989, das ist mir wichtig, war keine rein deutsche Freiheitsbewegung. Es war eine europäische Freiheitsbewegung. Es begann in Polen mit der Gewerkschaft Solidarnosc. Den entscheidenden Stein brach Ungarn aus der Berliner Mauer – indem es nicht mehr auf Flüchtende schoss und die Grenze nach Westen öffnete. Das war das Ende der DDR. Sie konnte ihre Bürgerinnen und Bürger nicht mehr einsperren.

Das ist ein wichtiger Fingerzeig. Große Transformationen leistet keine Gesellschaft alleine. Sie gelingen durch die Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten.

In den 30 Jahren seit 1989 standen und stehen wir vor weiteren Transformationen: durch die Globalisierung, den Klimawandel, die Digitalisierung, durch die neuen Migrationsbewegungen. Und zuletzt durch Corona. Anderthalb Jahre Pandemie haben uns zu enormen Transformationen gezwungen: im Alltag, in der Wirtschaft, in Schulen und Berufen. Der Bundestagswahlkampf und das Wahlergebnis haben vielen erst so richtig bewusst gemacht, dass auch unser politisches System gerade Transformationen durchläuft. Wie wird die nächste Bundesregierung aussehen? Und was wird sich mit der neuen Führungsmannschaft an Deutschlands Innen- und Außenpolitik ändern?

In den sieben Tagen seit Schließung der Wahllokale haben wir eine Transformation der Art erlebt, wie wir mit Wahlergebnissen umgehen. Früher war entscheidend, welche Partei auf Platz eins und welche auf Platz 2 kommt. In der Regel – wenn auch nicht immer – erhielt die Person an der Spitze der stärksten Kraft den Auftrag, die nächste Bundesregierung zu bilden. Diese Person lud potenzielle Partner zu Koalitionsgesprächen ein. Heute ist das anders: Die Grünen und die FDP ergriffen noch in der Wahlnacht die Initiative. Die Dritt- und die Viertplatzierten wollten zuerst miteinander reden – und, zugespitzt gesagt, unter sich ausmachen, wer Bundeskanzler werden darf: Olaf Scholz oder Armin Laschet.

Das rührt an die nächste Veränderung und Überraschung. Wie kann das sein, dass Laschet in den ersten Stunden nach der Wahl überhaupt als potenzieller Kanzler im Gespräch war? Die Union hat mit ihm rund neun Prozentpunkte verloren. Und Scholz mit der SPD gut fünf Prozentpunkte hinzugewonnen. Nach den alten Regeln hätte man gedacht, da kommt nur Scholz in Frage.

Doch die alten Regeln gelten nicht mehr automatisch. Auch das kann man eine Transformation nennen. Der Preis, den Grüne und FDP für den Eintritt in eine Ampelkoalition verlangen können, steigt, wenn sie eine Alternative haben: eine potenzielle Jamaika-Koalition unter Führung der Union. Aus purem Eigeninteresse haben sie Armin Laschet einen Rettungsring zugeworfen – und nicht weil sie ihn für einen besseren Kanzler als Scholz hielten. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt: Warum können sie das tun? Weil Grüne und FDP keine kleinen Parteien mehr sind – und SPD und Union keine großen Parteien mehr sind. Die etwas größeren haben um die 25 Prozent, die beiden mittelgroßen elf bis 15 Prozent. FDP und Grüne sind keine Anhängsel einer großen Volkspartei mehr. Der Abstand hat sich verringert. Das verändert die Arithmetik der Macht.

Solchen Transformations-Fragen möchte ich mit Ihnen heute nachspüren, freilich nicht allein auf die Innenpolitik bezogen. Sondern mehr auf Deutschlands Rolle in Europa und der Welt: Wie verändert sich die Welt – und wie müssen wir uns aufstellen, um nicht Verlierer der Transformationen zu sein? Sondern Gestalter und Nutznießer.

Auch Rastatt ist Schauplatz dieser Veränderungen. Daimler ist der größte Arbeitgeber der Stadt. Die Autoindustrie hat viel zum Wohlstand beigetragen. Aber was kommt danach, wenn sich diese Branche verändern muss? Wenn e-mobility die Zukunft ist, aber ein E-Auto weit weniger Teile benötigt als ein Verbrenner und damit die Zahl der Arbeitsplätze sinkt? Zudem schlägt das Herz der e-mobility nicht mehr in Deutschland, sondern in China, das einen Großteil der seltenen Erden und anderen Rohstoffe für den Batteriebau unter seine Kontrolle gebracht hat. Deutschland war der globale Platzhirsch des Autobaus. Diesen

Status haben wir verloren. Warum waren andere vorausschauender? Hat uns der Erfolg träge gemacht?

Rastatt spürt die globalen Veränderungen. Den Abbau militärischer Garnisonen. Die Zuwanderung aus Russland und anderen Regionen der Erde. Der Anteil von Mitmenschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, wächst.

Die ökonomische Transformation hat auch zur Folge, dass mehr Menschen als früher auf staatliche Hilfe angewiesen sind.

Transformation ist mit Spannungen verbunden, mit Konkurrenz, mit Verteilungskämpfen.

Wenn die Folgen der großen Transformationen hier in Rastatt zu spüren sind und wir aus Anlass des Tags der Deutschen Einheit gemeinsam überlegen, was die neue Rolle Deutschlands in Europa und der Welt sein soll, dann lassen Sie uns zunächst fragen: Wer sind wir Deutschen heute in Europa und der Welt, politisch, ökonomisch, militärisch? Wie sind wir das, was wir sind, geworden?

Unser Land hat 83 Millionen Einwohner, die Erde rund 8 Milliarden, unser Anteil entspricht etwas mehr als einem Prozent. Unser Anteil (3,861 USD) an der Weltwirtschaft (84,5 Bio USD) liegt jedoch - berechnet nach Dollar - bei 4,5 Prozent. Kaufkraftbereinigt – also im Vergleich, was sich die Deutschen von ihrem BIP kaufen können im Vergleich zu Bürgern anderer Staaten ist unser Anteil geringer, circa 3,5 Prozent. Behalten wir im Kopf: Unser wirtschaftlicher Erfolg ist drei bis vier Mal größer, als es unserem Bevölkerungsanteil entspricht.

Was sind die Ursachen? Nach meiner Überzeugung ist die liberale, regelbasierte Weltordnung die Basis dieses Erfolgs. Wir Deutschen leben von Voraussetzungen, die wir weder selbst geschaffen haben noch selbst für die Zukunft garantieren können.

Zu dieser Ordnung gehören die Vereinten Nationen mit ihrer Grundrechte-Charta und ihren Unterorganisationen für Bildung, für Flüchtlinge, für Kulturgüter. Wir haben ein Welthandelssystem mit der WTO. Und mit Regeln, was im freien Wettbewerb erlaubt ist und wo illegale Praktiken beginnen. Das ist besonders wichtig für uns Deutsche. Denn unser Wohlstand beruht zu einem Gutteil auf unseren starken Exporten. Wie viel geringer wäre unser Lebensstandard, wenn wir nur noch die Dinge herstellen und verkaufen, die hier in Deutschland konsumiert werden?

Weiter gehören zu diesem System der Internationale Währungsfonds IWF und die Weltbank als globale Entwicklungsagentur. Wir haben die Nato für unsere äußere Sicherheit. Und die EU mit dem Binnenmarkt als ökonomischen und politischen Rückhalt.

Europa fühlte sich in früheren Jahrhunderten als Zentrum der Erde. Von hier aus wurden Weltreiche beherrscht. Heute ist kein Land in Europa mächtig genug, um allein in der

Globalisierung zu bestehen. Die EU insgesamt hat in etwa die gleiche Wirtschaftskraft wie die USA. Oder wie China. Unwichtig sind wir also nicht. Die EU ist einer der drei großen Wirtschaftsräume. Aber haben wir uns so organisiert, dass wir entsprechenden Einfluss in der Welt haben? Einen ähnlichen Einfluss wie die USA oder China?

Eine wichtige Basis unseres deutschen Wohlstands sind unsere Exporte. Und damit sind es auch freie Transportwege in alle Welt. Wir wissen, dass es nicht die Bundeswehr ist, die die freie Passage durch den Panamakanal, den Suezkanal oder die Straße von Malakka garantiert, den wichtigsten Seeweg nach Asien.

Wie sähe es um unseren Wohlstand aus, wenn jedes zehnte Handelsschiff mit Gütern „Made in Germany“ verloren ginge? Wir profitieren also auch davon, dass andere durch ihre politische Macht und ihre Militärmacht sicherstellen, dass niemand diese Prinzipien in Frage stellt.

Die liberale, regelbasierte Weltordnung ist eine angelsächsische Weltordnung. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie unter Führung der USA geschaffen. Wir Deutsche gehören zu den Profiteuren dieser Ordnung. Wir sind aber nicht in der Lage, sie aus eigenen Kräften aufrecht zu erhalten.

Diese Ordnung wird zunehmend in Frage gestellt, von innen und von außen. Terroranschläge und Bürgerkriege untergraben unser Gefühl für Sicherheit. Die USA haben unter Donald Trump erklärt, dass sie nicht mehr Hauptgarant dieser Ordnung sein wollen, schon gar nicht auf ihre Kosten. Der transatlantische Zusammenhalt bröckelt.

Das gilt auch für den innereuropäischen Zusammenhalt. Nach wie vor ist die EU attraktiv für Beitrittswillige. Doch wohl vor allem wegen des Lebensstandards, nicht wegen ihrer Werte. Mit dem Brexit ist erstmals ein EU-Mitglied ausgetreten. Wir sollten uns fragen: Warum treten die Briten lieber aus? Sind sie blind für die offenkundigen Vorteile? Oder haben wir Kontinentaleuropäer mit unserem Verhalten dazu beigetragen – vielleicht auch wir Deutsche?

Die Geschichte der EU war in den vergangenen 15 Jahren eine Geschichte der Krisen. Eurokrise, Migrations- und Asylkrise. Abkehr von Demokratie, Medienfreiheit und Rechtsstaat in mehreren Mitgliedsstaaten. Hinzu kommen die Wahlerfolge von Populisten. Eigentlich hat die EU Vorkehrungen getroffen, um eine Abkehr von den gemeinsamen Regeln zu verhindern. Doch offenbar greifen diese Regeln nicht effektiv.

Da sind zum Beispiel die Kopenhagen-Kriterien. Bevor ein Land aufgenommen wird, muss es nachweisen, dass es eine freiheitliche Demokratie und ein Rechtsstaat ist. Diese Regel bekam ihre Bedeutung unter dem Eindruck des Mauerfalls und der Systemtransformation in Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei und dem Baltikum. Eines wollte sich damals

niemand vorstellen: Dass eine Gesellschaft, die nach Jahrzehnten der Diktatur die Freiheit erreicht, aus freien Stücken wieder zurückfallen könnte. Die Transformation zu Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaat stellte man sich als Einbahnstraße vor.

Heute darf man fragen: Warum wurden vor der großen Erweiterung der EU nach Osten keine wirksamen Vorkehrungen gegen autoritäre Versuchungen getroffen? Wir erleben Regierungen, die Medien kontrollieren und die Gerichte mit Gefolgsleuten besetzen wollen. Warum gibt es keine Klausel in den EU-Verträgen, wie man ein Land, das vom gemeinsamen Weg abkommt, wirksam zur Rechenschaft ziehen kann und im Extremfall aus der EU ausschließen?

Die EU hat da ein generelles Problem: Ihre Regeln sind für Sonnenschein gemacht. Wenn Unwetter aufziehen, funktionieren sie nicht.

Gegen den Stabilitätspakt zum Schutz der gemeinsamen Währung haben Deutschland und Frankreich als erste verstoßen. Sie wollten jedoch die vorgesehenen Strafen nicht akzeptieren. Das machte es später umso schwerer, gegen Griechenland vorzugehen.

Die EU hat auch Regeln für den Umgang mit Massenmigration. Und in welcher Form sie Hilfe leistet, wenn ein Land an der Außengrenze überfordert ist. Doch als die Situation 2015 eintrat, wurde dieses Dublin-Abkommen ignoriert.

In Polen und Ungarn stehen die Unabhängigkeit der Medien und der Gerichte in Frage. Auch die EU-Mitglieder Rumänien, Bulgarien, Malta sind keine Vorbilder in Demokratie, Rechtsstaat und Kampf gegen die Korruption. Weil klare Sanktionsregeln fehlen, versucht die EU es jetzt mit einem Notbehelf. Sie sagt, Grundwerte der EU stünden auf dem Spiel. Und die sind in den Europäischen Verträgen als Grundlage garantiert. Also leitet sie Vertragsverletzungsverfahren ein. Sie kommt auf diesem Weg aber auch nicht wirklich weiter.

Ein praktischer Grund: Die Hürden für harte Strafen wie den Entzug von Stimmrechten sind hoch. Es gilt die Regel: Konsens minus 1 im Europäischen Rat, dem Gremium der Staats- und Regierungschefs. Alle Mitglieder mit Ausnahme des betroffenen Landes müssen sich einig sein: Der Verstoß wiegt so schwer, dass eine harte Sanktion fällig ist. Doch diesen Konsens minus 1 erreicht der Europäische Rat nicht. Polen schützt Ungarn vor Strafe – und umgekehrt.

Betroffene Staaten bestreiten zudem, dass sie gegen EU-Recht verstoßen. Dann leitet die EU-Kommission Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof ein, dem EuGH. Doch was sind dessen Urteile wert? Polen bestreitet, dass der EuGH überhaupt zuständig sei für die Beurteilung des polnischen Justizsystems. Denn Justiz gehört nicht zu den Feldern, die vergemeinschaftet sind – wo also die Nationalstaaten die Kompetenz an die EU übertragen

haben. Für Fragen der Verfassungsmäßigkeit seien die nationalen Verfassungsgerichte zuständig.

Die EU-Kommission und der EuGH beanspruchen nun einen Vorrang des europäischen Rechts vor dem nationalen Recht. Da wird es absurd. Der EuGH kann doch nicht über Rechtsfragen entscheiden, in denen er selbst Interessen hat – nämlich die Ausweitung seiner Zuständigkeit.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach vor der Kompetenzüberschreitung europäischer Institutionen gewarnt. Meiner Meinung nach können sich die EU-Institutionen nicht selbst ermächtigen. Quelle der Souveränität sind die Nationalstaaten. Die EU-Einrichtungen müssen sich auf die Bereiche beschränken, die ihnen die Mitgliedsstaaten übertragen haben.

Es gibt nur einen legitimen Weg, auf dem die EU ihre Kompetenz ausweiten kann: durch eine Änderung der europäischen Verträge. Der müssen jedoch alle Mitglieder zustimmen. Und das ist derzeit nicht in Sicht.

Bisher habe ich nur über Regelbruch und Disruption hier im Westen gesprochen, in Europa und den USA. Anderswo sind die Entwicklungen weit bedenklicher. Schauen wir nur auf die autoritären Herrscher in China, Russland und der Türkei. Mit der Türkei haben wir vor ein paar Jahren noch über einen EU-Beitritt verhandelt. Das wirkt heute, wenn man sich Herrn Erdogans Autokratie anschaut, fast surreal.

Russland hat mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine die Übereinkunft beendet, dass Grenzen in Europa nicht gewaltsam verändert werden dürfen.

China tritt immer selbstbewusster auf. Es bricht den Vertrag über die demokratischen Garantien für Hongkong, ignoriert die Grundrechte von Dissidenten, Tibetern und muslimischen Uiguren. Und bereitet die Eingliederung der demokratischen Insel Taiwan vor, notfalls mit Gewalt.

Und wenn wir auf die technischen Neuerungen schauen, die Digitalisierung, müssen wir feststellen: Der Westen nutzt sie für mehr Pluralismus. Sie alle hier im Saal haben die Wahl zwischen unzähligen Informationsquellen, Fernsehprogrammen, sozialen Netzwerken. Darunter können fragwürdige Quellen sein, die Lügen verbreiten. Das ist ein Risiko. Was Sie nutzen und was nicht, müssen Sie als mündige Bürgerinnen und Bürger entscheiden.

China nutzt die neuen Techniken zu diktatorischer Führung und zur Überwachung seiner Bürger. Im Wettbewerb geht Peking auf die Überholspur, vom Digitalkonzern Huawei, der hier bei uns die 5-G-Kommunikationsnetze aufbauen will, ohne uns Datensicherheit garantieren zu können. Bis zur E-Mobilität. China kann VW, BMW, Mercedes und anderen die Bedingungen diktieren, unter denen sie in China Autos bauen und verkaufen dürfen.

Wie gehen wir nun mit dieser beunruhigenden Lage um? Stellen wir uns der Transformation, die sie uns abverlangt?

Ich bin mir da nicht so sicher.

Die Klagen, dass Europa zu wenig Verantwortung für seine Interessen und seine Sicherheit übernehme, sind ja nicht neu. Nicht erst Donald Trump hat gesagt, Europa verhalte sich wie ein Trittbrettfahrer. Es genieße Sicherheit, ohne einen fairen Kostenanteil zu übernehmen. Diese Kritik haben auch schon die Demokraten Bill Clinton und Barack Obama geäußert. Sie haben es nur höflicher ausgedrückt.

Als Trump 2016 die Wahl gewann, fielen die Deutschen aus allen Wolken. Denn er nahm uns die letzte Illusion, dass es weitergehen könne wie gehabt. Dass Deutschland und Europa die Forderung der USA nach Burden Sharing ignorieren – und dies folgenlos bleibt. Deutschland legte sich ein neues Narrativ zurecht. Eines, das die Hauptschuld an den Missständen Trump zuwies.

Klar doch, da war die Eurokrise. Da war der Brexit. Da war die Flucht- und Migrationskrise. Und die neue Bedrohung unserer Interessen durch die autoritären Herrscher in China und Russland. Aber im Zentrum aller Probleme stand in dieser deutschen Weltsicht Donald Trump – notabene ein Enkel deutscher Einwanderer aus Kallstadt in der Pfalz. Franzosen, Griechen, Italiener und Polen hätten im vergleichbaren Fall vielleicht Stolz empfunden, dass es einer von ihnen ins Weiße Haus geschafft hat – selbst wenn sie politisch mit diesem Landsmann nicht übereinstimmen. Die Deutschen ticken anders. Sie hatten fast durchweg nur Verachtung für Donald Trump übrig.

In Umfragen verstiegen sich Mehrheiten der Deutschen zu der aus meiner Sicht doch eher schrägen Behauptung, Trump sei eine größere Gefahr für den Frieden in der Welt als Wladimir Putin. Putin, der Krieg in der Ukraine führt. Und unter dessen Regierung Dissidenten im Inland und im Ausland ermordet werden. Trump sei auch gefährlicher als Kim Jong Un, hieß es: der Diktator von Nordkorea, der regelmäßig illegale Atomtests veranstaltet und abtrünnige Familienmitglieder töten lässt.

Ich erzähle das nicht, weil ich ein heimlicher Anhänger von Trump wäre oder seine Politik verteidigen möchte. Das liegt mir fern. Mich interessiert, wie wir mit dem Druck umgehen, auf neue Verhältnisse zu reagieren. Wir suchen uns einen Sündenbock.

Aber vielleicht haben wir da ja eine neue Perspektive, seit der Demokrat Joe Biden die Wahl gewonnen hat und die USA regiert. Ist das Verhältnis zu den USA seither besser geworden? In Teilen ja, in Teilen nein.

Biden sucht die Verständigung mit den Europäern. Er moderiert Konflikte herab wie den um die Pipeline Nord Stream 2. Er droht nicht wie Trump mit dem Ende der Nato.

Viele Meinungsverschiedenheiten sind jedoch geblieben. Biden hob nicht die Strafzölle auf, die Trump auf einige Waren aus der EU verhängt hat. Er strebte auch keine rasche Einigung im Streit um die staatlichen Subventionen für Flugzeuge der Konzerne Boeing und Airbus an. Sagen wir es so: Jetzt gilt eine „Light-Version“ von „America First“.

Der Regierungswechsel von Trump zu Biden lehrt uns, dass nicht alle Streitpunkte von Trump gemacht waren. Viele hatten schlicht damit zu tun, dass Amerikaner und Europäer unterschiedlich ticken und unterschiedliche Interessen haben.

Ja, wir haben unterschiedliche Vorstellungen, welche Gefahr von China ausgeht – und wie man ihr am besten begegnet. Für die USA ist Peking ein Konkurrent um die strategische Hegemonie im Indopazifik. Für die Deutschen und die meisten Europäer, die ja keine globalen Ambitionen hegen, ist China ein ökonomischer Wettbewerber. Und ein Rivale, wenn es um Werte und Märkte geht.

Aber muss das ein Hindernis für eine gemeinsame China-Strategie der EU und der USA sein? Eigentlich nicht. In Deutschland tun viele so, als haben die USA die finstere Absicht, uns in einen Kalten Krieg mit China hineinzuziehen – ein Kalter Krieg, der vermeidbar wäre und aus dem wir uns am besten heraushalten. Das sind für mich Vorstellungen aus Wolkenkuckucksheim. Der Kalte Krieg mit China ist längst im Gang. Peking verfolgt Ziele, die unseren deutschen und europäischen Interessen massiv schaden. Dazu gleich mehr.

Ein anderer Stein des Anstoßes sind regelmäßig Militäreinsätze, ihre Ziele und ihr Verlauf. Den Abzug aus Afghanistan habe Joe Biden angeblich einsam beschlossen, ohne die Europäer zu konsultieren, hört man häufig. Stimmt das? Als die USA die Pläne in der Nato vorstellten, hat kein europäisches Land verlangt, darüber zu diskutieren und nach Alternativen zu suchen. Der Grund ist einfach. Deutschland und Europa können dort nichts ausrichten ohne den Schutz durch die US-Militärmacht. Europa kann zu wenig, obwohl es über die gleiche Wirtschaftskraft verfügt. Deshalb hat es so wenig Mitsprache.

Mich erstaunt, mit welcher negativen Begriffe wir diesen Abzug begleitet haben. Der sei angeblich eine militärische Niederlage, eine Blamage, ein Scheitern, ein Versagen. Das sehe ich anders. Die Taliban haben die westlichen Armeen nicht besiegt. Wir haben uns aus eigenem Willen entschlossen, einen Einsatz nach 20 Jahren zu beenden, dessen Sinn fraglich geworden war. Und für den es schon lange keine Unterstützung mehr unter den Bürgern der beteiligten Staaten ab. Warum sollen amerikanische, deutsche und europäische Soldaten dort sterben, wenn der Aufbau so schleppend vorankommt? Warum sollen wir Jahr für Jahr Milliarden investieren, die zum Teil in Korruption versickern oder auf Auslandskonten der afghanischen Eliten landen? Und warum sollen wir Kabul und andere Städte verteidigen, wenn die afghanische Armee, die wir seit Jahren ausgebildet haben, entweder nicht fähig oder nicht willens ist, für ihre eigene Zukunft zu kämpfen?

Gewiss, vieles hätte man beim Abzug besser organisieren können. Doch der Hauptfehler war ein anderer. Der Westen hat sich zu hohe Ziele gesetzt. In einem Land, das seit Jahrzehnten nur Bürgerkrieg kannte und das keine Tradition der westlichen Demokratie hat, sollte eine Vorzeigesellschaft nach unseren Vorstellungen entstehen: Demokratie, Rechtsstaat, Gleichberechtigung, Mädchen in die Schulen. Das war Hybris. Selbstüberschätzung.

Hätten wir uns mit dem Ziel zufrieden gegeben, dass von Afghanistan nie wieder ein Terroranschlag ausgehen soll wie am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York sowie das Pentagon, könnte man sagen: Ziel erreicht. Und schon viel früher abziehen können.

Und: Was lernen wir Deutsche und wir Europäer aus dem Gefühl, versagt zu haben? Werden wir klüger? Werden wir realistischer? Beheben wir unsere offenkundigen Schwächen?

Mir kommt es vor, als stolperten wir von Deja-vu zu Deja-vu. In den 1990er Jahren war es uns Europäern peinlich, dass wir nicht in der Lage waren, die Kriege auf dem Balkan ohne US-Hilfe zu beenden. Es ging um ein Sicherheitsproblem direkt vor unserer Haustür. Aber erst als die USA eingriffen, hörte das Morden auf. Wir schworen heilige Eide, dass wir die Lektion verstanden haben, dass wir uns bessern, dass wir handlungsfähig werden.

In Libyen 2011 wollten die Europäer den Konflikt zwischen Diktator Gaddafi und den Aufständischen aus eigener Kraft befrieden. Nach wenigen Wochen gingen Franzosen und Briten die Munition aus und sie mussten doch wieder die USA um Hilfe bitten. Wir Deutschen hatten uns in Libyen herausgehalten.

Als der Bürgerkrieg in Syrien eskalierte, wussten die Europäer sich auch nicht zu helfen. Obama zog rote Linien, hielt sich aber nicht an seine Ankündigung. Er hatte gesagt, er werde eingreifen, wenn das Regime Giftgas einsetze. Der Rest ist bekannt. Putin stellte sich an die Seite von Diktator Assad. Als dann die Terrororganisation Islamischer Staat Gebiet eroberte, blieb dem Westen wenig anderes übrig, als gemeinsam mit Putin und Assad den IS zu bekämpfen. Im Rückblick haben Deutschland und Europa ihre Interessen in Syrien nicht erreicht. Diktator Assad ist weiter an der Macht, Demokratie ist nicht in Sicht; wohl aber neue Migrationsströme.

Wo also sind da Zeichen, dass Deutschland und Europa ihre Lektionen gelernt haben? Und dass sie heute handlungsfähiger sind als vor zehn oder zwanzig Jahren? Wo ist die Bereitschaft zur Transformation?

Was würden wir tun, wenn Wladimir Putin mit hybriden Kriegstechniken an der Grenze zu Nato-Gebiet zündelt – sagen wir: in einer der drei Baltischen Republiken. Und wenn die

USA dann einen Präsidenten haben, der es mit der Bündnisverpflichtung nicht so genau nimmt. Einer wie Donald Trump. Was wären wir Europäer bereit zu tun, um unseren Alliierten im Baltikum zu helfen?

Eigentlich müsste eher Putin Angst vor einem Konflikt mit der EU haben als umgekehrt. Die Wirtschaftskraft der EU ist sieben Mal größer als die Russlands. Das setzt freilich voraus, dass Putin mit unserer Stärke rechnen muss, der militärischen wie der ökonomischen Stärke. Und dass wir entschlossen sind, sie gegen Angreifer zu nutzen. Beides ist offenkundig nicht der Fall.

Den Fehler sollten wir bei uns suchen, nicht bei Putin. Oder bei den USA. Doch wir arbeiten uns lieber an unseren inneren Differenzen ab. Wir nehmen den Amerikanern übel, dass sie eine andere Militärkultur haben, statt nach den gemeinsamen Interessen zu fragen.

Wir nehmen den Franzosen übel, dass sie Rüstungsgüter, die wir gemeinsam entwickeln und herstellen, dann auch exportieren wollen, ohne Begrenzung durch die deutschen Exportrichtlinien.

Und so komme ich nochmal auf das Foto mit den fünf Symbolen für die großen Herausforderungen zurück, vor denen wir Deutsche und Europäer stehen. Nun in einer etwas anderen Anordnung. Trump steht nicht mehr im Mittelpunkt; er ist an den Rand gerückt. Im Zentrum steht nun der Euro – als Symbol für die EU insgesamt. Und als Symbol dafür, dass unsere Unzulänglichkeiten das größte Hindernis für die wünschenswerte Transformation sind.

Im Grunde haben die vier Probleme mit Trump ursächlich nichts zu tun. Sie waren all schon virulent, bevor er im November 2016 an die Macht kam. Die Eurokrise war seit Jahren am Gären. Die Flüchtlingskrise erreichte 2015 ihren Höhepunkt. Die Brexit-Abstimmung datiert in den Sommer 2016. Klar, Trump hat es uns nicht leichter gemacht, mit diesen Krisen umzugehen. Aber er war nicht der Auslöser. Wir haben ihn zu Unrecht zum Schuldigen erklärt. Europas Krisen sind älter. Und die Ursachen liegen hier bei uns.

Im Zentrum dieser Krisen steht immer wieder Deutschland.

Wir möchten von uns gern denken, dass wir die Guten sind. Oder jedenfalls das Gute wollen. Und in der Tat hat Deutschland und haben wir Deutschen keinen schlechten Ruf in der Welt. Wir gelten als ein Land, das Konflikte befrieden möchte, das unterentwickelten Ländern hilft. Das seine Grenzen für Flüchtlinge großzügiger öffnete als viele Nachbarn.

Aber wenn man bei diesen europäischen Nachbarn nachfragt, kann man auch hören, dass wir ein Problem sind – schon wegen unserer schieren Größe. Und dass wir Deutschen das zu wenig reflektieren. Wir haben oft sehr klare Ansichten, was richtig und was falsch ist. Und wir binden sie anderen auch ungefragt auf die Nase. Wenn wir eine bestimmte

Klimapolitik oder Asylpolitik oder Verkehrspolitik für richtig halten, dann machen wir sie einfach – ohne lange zu überlegen, ob wir damit Nachbarn in Schwierigkeiten bringen.

Wer in Europa meint, dass unser Verteidigungsbudget mit 1,3 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt die richtige Größenordnung hat? Die deutsch-russische Gas-Pipeline Nord Stream 2 hält die klare Mehrheit unserer EU-Partner für einen Fehler. Die Flüchtlingsaufnahme 2015 haben wir unseren Partnern aufgezwungen, ohne sie zu fragen, ob sie den Kurs für richtig halten. Und wir waren dann erstaunt, dass sie Einwände gegen die so genannte solidarische Verteilung via Quoten auf alle EU-Staaten hatten.

Mit unserem Beharren auf einem harten Euro und unseren Bedenken gegen Inflation machen wir uns auch nicht beliebt. Für viele Partner ist der starke Euro ein Exporthindernis. Er macht ihre Ausfuhren teurer für potenzielle Käufer und damit weniger attraktiv.

Lassen Sie uns einen Augenblick auf China schauen. Auf die Probleme, die wir mit der aufsteigenden Weltmacht haben. Und auf unsere geradezu naive Haltung, wenn es um Chinas Rolle im Kampf gegen den Klimawandel geht.

Aus Sicht der Demokratien in Asien wird China zunehmend zu einer militärischen Gefahr für ihre Interessen. Und zu einer Bedrohung ihrer Souveränität. Peking beansprucht umstrittene Inseln und überdimensionierte Hoheitszonen um sie herum in internationalen Gewässern im Süd- und Ostchinesischen Meer; das schränkt die freie Schifffahrt ein.

Wenn Nachbarn wie Vietnam oder die Philippinen sich dem Imperialanspruch nicht beugen, rammen chinesische Zerstörer deren Schiffe. Und drängen chinesische Militärjets deren Flugzeug aus dem Luftraum. Internationale Schiedsgerichte lehnen Chinas Machtanspruch ab. Peking ignoriert diese Urteile.

China verlangt die Angliederung Taiwans, eines eigenständigen Staats mit anderem Gesellschaftssystem, und droht offen mit militärischer Gewalt, um sie durchzusetzen. Es setzt Australien mit Sanktionen unter Druck, wenn es sich Pekings Wünschen entgegenstellt. Und, zum Beispiel, eine unabhängige Untersuchung der Ursprünge der Corona-Pandemie in China vorschlägt.

Peking droht auch Europa regelmäßig mit Sanktionen. Der Vorsitzende der China-Delegation des Europäischen Parlaments, der Grüne Reinhard Bütikofer, darf nicht mehr nach China einreisen. Da sieht man die kulturelle Dimension des Konflikts. Peking versteht nicht, dass Parlamentarier in Europa unabhängig sind und nicht Befehlsempfänger der Regierung wie im chinesischen Volkskongress.

Das Freihandelsabkommen der EU mit China, das fertig ausgehandelt war, hat wegen dieser Konflikte keine Chance auf Ratifizierung im Europäischen Parlament.

China ist inzwischen der größte Klimasünder der Erde. Es ist für 30 Prozent aller globalen Emissionen verantwortlich. Das müsste nicht so sein. Die Techniken sind da, um klimafreundlicher zu produzieren. China ist eine ähnlich große Volkswirtschaft wie die USA oder die EU. Aber es stellt dieses Wirtschaftsprodukt mit drei Mal so viel Verschmutzung wie Europa her. Und mit doppelt so viel Verschmutzung wie die USA.

Das ist natürlich ein Kostenvorteil. Ein Wettbewerbsvorteil. Diese Lage ist auf doppelte Weise nicht in unserem Interesse. China beteiligt sich zu wenig am Klimaschutz. Und es benutzt diese Politik, um uns Arbeitsplätze wegzunehmen.

Und hier verstehe ich die Klimabewegung nicht. Warum demonstriert sie nicht vor den chinesischen Botschaften in aller Welt? Entweder ist es wirklich fünf vor zwölf und die Welt geht unter, wenn wir an der Klimabelastung in den nächsten Jahren nichts ändern. Dann muss aber auch China seinen Teil beitragen. Es ergibt für mich keinen Sinn, dass wir in Deutschland fordern, ein Dutzend Kohlekraftwerke noch schneller zu schließen – während China hunderte Kohlekraftwerke neu baut. Sie werden noch in 30 oder 40 Jahren am Netz sein.

Wenn das aber kein Problem ist, das Fridays for Future auf die Straße treibt, warum machen sie der deutschen und der europäischen Wirtschaft so viel Druck?

China hat im Übrigen nicht die Absicht, den rasanten Anstieg seiner Emissionen rasch zu bremsen. 2060 hat es als Ziel ausgegeben für Klimaneutralität. Bisher ist das nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Im Sprech der Klimaschützer würde ich dazu sagen: Bis dahin sind wir alle längst tot.

Eines möchte ich betonen. Ich sehe in China keinen Feind. Ich möchte auch keinen Konflikt mit China. Aber wir müssen selbstbewusster mit Peking umgehen und für unsere Interessen eintreten. Die Ausrede, China sei ein Entwicklungsland, da dürfe man nicht so streng sein, überzeugt nicht mehr. China hat uns in vielen Belangen überholt: 5-G-Technik, Autobatterien, E-Mobilität, Künstliche Intelligenz.

Es geht jetzt um ein „level playing field“, um gleiche Regeln und gleiche Produktionsbedingungen. Damit wir nicht noch mehr Jobs an China verlieren. Mit Milliarden-Subventionen haben wir die Solarenergie und Fotovoltaik entwickelt – um dann zu erleben, dass chinesische Firmen die neuen Techniken gerne übernehmen und deutsche Firmen mit Dumping-Angeboten aus dem Markt verdrängen und in die Pleite treiben.

Mit anderen Worten: Bei unseren Reaktionen auf die Klimakrise und beim Blick auf die nötigen Transformationen müssen wir unsere Interessen im Blick behalten. Und realistischer werden.

Da erwarte ich mir etwas Fortschritt von der nächsten Bundesregierung. Mit dem Ende der Regierung Merkel kommt auch ihre Art, mit Russland und China umzugehen, an ein Ende. Sie hat sich vor allem darum bemüht, Konflikte zu dämpfen – oft auf Kosten unserer Werte und Interessen.

In der nächsten Regierung werden die Grünen mehr Werte auf Menschenrechte und Klimainteressen legen. Das führt zwangsläufig zu mehr Konflikten mit China und Russland. Wegen der Freiheiten der Dissidenten, der Demokratie in Hongkong, den Grundrechten der Tibeter und der muslimischen Uiguren, wegen der Solidarität mit der russischen und der weißrussischen Opposition. Und wegen der globalen Klimainteressen. Das russische Wirtschaftsmodell beruht auf dem Verkauf von Erdöl und Erdgas. Das ist nicht klimafreundlich. Ebenso wenig das chinesische Wirtschaftsmodell.

Gewiss ist keine Revolution der deutschen Russland- und Chinapolitik zu erwarten. Die Deutschen sind vorsichtig. Sie legen den Hebel nie um 180 Grad um. Sie ändern ihre Politik in homöopathischen Dosen.

Die größten Herausforderungen warten aber in Europa. Und in Deutschland.

In der EU ist Deutschland das Land mit der größten Bevölkerung und der stärksten Wirtschaft. Es liegt in unserem Interesse und in unserer Verantwortung, dass die EU nicht auseinander fliegt. Sondern dass sie handlungsfähiger wird.

Alleine können wir das aber nicht. Und wir können unseren Partnern auch nicht vorgeben, was sie dafür tun sollen. Wir müssen Koalitionen bilden. Mit 16 Prozent der Bevölkerung und 28 Prozent der Wirtschaftskraft sind wir ein Schwergewicht, sind aber nicht mal in der Nähe einer Mehrheit. Führen kann man nur, wenn man Wege einschlägt, die auch andere für richtig halten.

Deutschland entscheidet sich immer mal wieder für Wege, die andere ablehnen – von der Migrationspolitik über den gleichzeitigen Ausstieg aus Atomkraft und Kohle bis zu Nord Stream 2.

Warum tun wir uns so schwer mit der Neugier darauf, wie es andere machen? Niederländer, Dänen, Franzosen, Italiener sind auch nicht dumm. Aber sie haben oft andere Ideen.

Klar doch: Uns Deutschen geht es relativ gut. Wir sind besser durch die Finanzkrise und besser durch die Coronakrise gekommen als andere. Und wer sich für besser hält, sieht wenig Grund, sich zu ändern. Sollen sich doch die anderen ändern! Und am deutschen Vorbild orientieren. Dann geht es ihnen vielleicht auch besser. So argumentiert es in uns.

Die Gleichung geht aber nicht auf. Es können nicht alle einen ähnlichen Exportüberschuss wie Deutschland haben. Irgendjemand muss dann mehr Waren importieren.

Wir sollten auch nicht davon träumen, dass Europa zu einer Gegenmacht zu den USA wird. Dafür reicht die Einigkeit in Europa nicht. Die meisten Europäer sehen in den USA ihre beste Sicherheitsgarantie.

Die Weltlage hat sich in den vergangenen Jahren nicht in Richtung Verständigung und Frieden entwickelt. Es wird ungemütlicher, es wird konfrontativer.

Auf die regelbasierte Ordnung ist weniger Verlass. Die Dschungelwelt kehrt zurück, wie ein amerikanischer Beobachter sagt. The Jungle Grows Back. In der Dschungelwelt gilt das Recht des Stärkeren und nicht die Stärke des Rechts. In dieser Hinsicht aber ist Europa schlechter aufgestellt als die USA oder China. Wir sind nicht gut darin, unsere Interessen robust durchzusetzen, notfalls mit Gewalt. Wir wollen das auch nicht.

Dann müssen wir aber mehr tun, damit die regelbasierte Ordnung gilt. Wir müssen Sicherheit ernster nehmen: innere Sicherheit, äußere Sicherheit, soziale Sicherheit. L'Europe qui protege, hat Emmanuel Macron formuliert. Ein Europa, das seine Bürger beschützt. Wir brauchen mehr Kooperation mit Frankreich. Aber – und da liegt mein Dissens mit Macron: Wir sollten europäische Stärke nicht als Gegenmacht zu den USA definieren. Erstens überheben wir uns da. Zweitens liegt es nicht im deutschen Interesse.

Gewiss sollen wir eigenständiger werden, uns emanzipieren von der Abhängigkeit von den USA. Aber unsere Stärke liegt im Bündnis aller Demokratien, im Bündnis mit den Demokratien in Nordamerika und den Demokratien in Asien.

Unsere Gegner sind eher China und Russland und andere Diktaturen.

Falls Sie diese Gedanken weiterverfolgen möchten: Ich habe ein Buch darüber geschrieben. Im Anschluss an diese Veranstaltung bietet eine lokale Buchhandlung hier aus Rastatt das Buch zum Kauf an. Und ich bin gerne bereit, es zu signieren.

Wir haben heute gemeinsam über Transformation nachgedacht. Rastatt hat in seiner Geschichte tiefgreifende Transformationen durchlaufen. Es kann auch die heutigen Herausforderungen mit Selbstvertrauen und liberalem Geist meistern: wirtschaftlicher Erfolg in der Globalisierung, neue Mobilitätskonzepte, Integration von Migranten, Sicherung der Lebensgrundlagen im Klimawandel, von sauberem Wasser bis zu neuen Kliniken.

Deutschland kann die nötigen Transformationen ebenfalls meistern, wenn Politik und Gesellschaft mehr Realismus entwickeln, was machbar ist und wo unsere Interessen liegen.

Bei allen Herausforderungen, vor denen wir stehen, sollten wir uns immer wieder erinnern: Einigkeit macht stark. Heute, am Tag der deutschen Einheit. Und an allen anderen Tagen des Jahres. Hier in Rastatt. Und anderswo.

Ich danke Ihnen für die Gastfreundschaft. Bleiben Sie gesund.

Wir haben heute gemeinsam über Transformation nachgedacht. Bei allen Herausforderungen, vor denen wir stehen, sollten wir uns immer wieder erinnern: Einigkeit macht stark. Heute, am Tag der deutschen Einheit. Und an allen anderen Tagen des Jahres. Hier in Rastatt. Und anderswo.

Ich danke Ihnen, bleiben Sie gesund.